

# Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tagesblatt Pulsnitz **Bezirksanzeiger**  
Postfach-Konto Dresden 2133. Giro-Konto 146

**Wochenblatt** Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

**Er scheint an jedem Werktag**  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundjahre in RM: Die 42 mm breite Zeilenzeile (Masse's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 %. Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großhirsdorf, Bremla, Hainwabe, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Nichtenberg, Reitz-Littmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. A. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

**Nummer 141**

**Montag, den 20. Juni 1927**

**79. Jahrgang**

## Amtlicher Teil.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Wäsche- und Textilwarenhändlers **Karl Hermann Willy Junkers in Pulsnitz**, Kurze Gasse Nr. 6, wird zur Abnahme der Schlussrechnung der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen

### der Schlusstermin

auf den 12. Juli 1927, vormittags 9 Uhr

vor dem Amtsgerichte Pulsnitz bestimmt. In diesem Termine soll auch eine nachträglich angemeldete Forderung geprüft werden.

Amtsgericht Pulsnitz, am 17. Juni 1927.

## Ankündigungen aller Art

in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar bestem Erfolg.

## Das Wichtigste

Dr. Stresemann hatte noch kurz vor seiner Abreise von Genf eine Unterredung mit Chamberlain.  
Reichsminister Schiele gab in einer Pressebesprechung Erläuterungen der Zolltariffrage ab.  
Eine grundlegende Beamtenbesoldungsreform ist in Vorbereitung.  
Der Verwaltungsrat der Reichspost wird eine neue Postgebührenvorlage einbringen.

Schwere Gewitterstürme richteten in aller Welt große Schäden an.  
Wie die Berliner Morgenblätter aus Oslo melden, hat Dr. Stresemann dem Nobel Komitee telegraphisch mitgeteilt, daß er am 29. Juni seinen Nobelvortrag in Oslo halten werde.  
Bei den letzten Kämpfen in Marokko nahmen die spanischen Truppen die Höhen von Fuzafem ein, die die Beherrschung des ganzen Gebietes der Dschebalas sichern. Die Luftlandbrigaden verloren 500 Mann.  
Die holländischen Indienstleister sind am 19. Juni um 18,20 Uhr in Aleppo angekommen.

Am Sonntag fand in Barnten der diesjährige Luftfahrttag statt, zu dem eine Reihe prominenter Persönlichkeiten der Luftfahrt erschienen waren.  
Wie aus Moskau gemeldet wird, sind bei einem Eisenbahnzusammenstoß im Bezirk Baku 5 Personen getötet und 8 verletzt worden.

## Vertilgung und sächsische Angelegenheiten

(Sammlung für das Tannenbergs-National-Denkmal.) Wie uns geschrieben wird, haben die Sammlungen im Bezirk Kamenz für das Tannenbergs-National-Denkmal noch nicht das Resultat ergeben, das erhofft wurde und das in anderen Bezirken erreicht worden ist. Es sind bisher die folgenden Beträge eingegangen: 1. Aus der Stadt Königsbrück 48 RM; 2. Von dem Truppenübungsplatz 37 RM; 3. Aus Schwepnitz und Elstra je 15 RM; 4. Aus Großhirsdorf 30 RM. Aus Kamenz und Pulsnitz sind bisher überhaupt noch keine Beiträge abgeliefert worden. Es ergeht nochmals an alle Bewohner des Bezirkes von Stadt und Land die Bitte, soweit das bisher noch nicht geschehen ist, dazu beizutragen, daß es möglich wird, in des Reiches Ostmark ein eindrucksvolles Denkmal als Zeichen der Dankbarkeit, der Erhebung und Mahnung zu errichten. Sammelstellen liegen noch bis Ende des Monats in der Geschäftsstelle des Blattes aus. Baufreie zu 2 und 1 Mark können bei Herrn Major d. R. a. D. Heine, Bezirksvorsteher des Bezirkes Kamenz des sächs. Militärvereinsbundes, entnommen werden.

(Ernteferien.) Infolge des vorwiegend nasskalten Wetters der letzten Wochen ist die Landwirtschaft mit Arbeiten zurückgeblieben. Um größeren Schaden abzuwenden, verordnet das Ministerium für Volksbildung im Einvernehmen mit dem Wirtschafts- wie dem Arbeits- und Wohlfahrtsministerium, daß auch in diesem Jahre zwecks Mitarbeit beim Rübenverziehen, Befestigen des Unkrauts und bei der Heuernte Volks- und Fortbildung-(Berufs-) Schüler beurlaubt werden können. Die sächsische Staatszeitung veröffentlicht eine Ministerialverordnung hierüber.

(Die heurige Heidelbeerernte) verspricht im allgemeinen sehr gut zu werden. Auf den Erfahrungen der vorigen Jahre aufbauend, und gestützt auf die behördlichen Vorschriften, lassen die beteiligten Forstverwaltungen in diesem Jahre die Beeren nicht eher ernten, als bis sie reif sind. Diese Maßnahme ist sehr zu begrüßen, denn dann kann es nicht mehr passieren, daß wilde Spekulanten die Beeren unreif abkühlen und denen, die ehrlich warten, das zertretene Kraut zurücklassen.

(Der Landesverband Sächsischer Geflügelzüchtervereine) veranstaltet in diesem Jahre in der Zeit vom 25.—27. Juni seinen Landesverbandstag und 5. Geflügelzüchertag in Baugen.

## Eine neue Postgebührenvorlage

Der Reichspostminister ist verstimmt

Die deutsche Delegation aus Genf abgereist — Chamberlain über die Genfer Ergebnisse — Reichsarbeitertagung der Deutschen Volkspartei — Dr. Luther auf dem schleswig-holsteinischen Bauerntag

In der Sonnabend-Sitzung des Verwaltungsrates der Reichspost beschwerte sich Reichspostminister Dr. Schägel über die Kritik der Presse, insbesondere über den Vorwurf der Komödienpielerei und des abgekarteten Spiels. Der Minister erklärte mit aller Entschiedenheit, er habe mit niemandem über seine Absicht, die Vorlage über die Postgebührenerhöhung zurückzuziehen, gesprochen, außer mit dem Abg. Altekotte. Der Verwaltungsrat erklärte einmütig, daß eine Weiterberatung der Vorlage, nachdem sie zurückgezogen sei, nicht angängig wäre. Er nahm dann mit großer Mehrheit eine Entschließung an, den Minister aufzufordern, so schnell wie möglich eine neue Vorlage einzubringen, die sich auf die Beschlüsse des Arbeitsausschusses stütze.

Der Reichspostminister geht aufs Ganze. Das beweist die neue Vorlage auf

Erhöhung der Rundfunkgebühren von 2 auf 3 Mark monatlich. Gegen diese Erhöhung der Rundfunkgebühren spricht das gleiche, was gegen die Portoverhöhung im allgemeinen spricht. Völlig unverständlich ist es aber, diese Vorlage jetzt im Sommer einzubringen. Es ist bekannt, daß die Rundfunkgesellschaften bereits bei dem jetzigen Betrag von 2 Mark ein gutes Geschäft machen. Für sie besteht keinerlei Grund, eine Erhöhung der Rundfunkgebühren vorzunehmen, es sei denn, daß die Reichsordgebühren bei der Berliner Funkstunde in Anbetracht der „wirtschaftlichen Notlage“ einer weiteren Erhöhung — nach Ansicht des Reichspostministers — bedürfen.

Der Verwaltungsrat der Reichspost zur Zurückziehung der Schägel-Vorlage.

Der Verwaltungsrat der Reichspost nahm eine Entschließung an, in der er bedauert, daß bei der gespannten Situation der Postminister die von ihm eingebrachte Vorlage plötzlich zurückgezogen und einem ganz unverständlichen Druck (?) des Reichstags nachgegeben habe. Er spricht die Erwartung aus, daß der Minister nunmehr eine neue Vorlage einbringe.

Sehr seltsam, daß der Verwaltungsrat den Druck des Reichstags unwesentlich nennt. Soweit sind wir doch noch nicht, daß der Reichstag in derart wichtigen Fragen, die das ganze deutsche Wirtschaftsleben angehen, nicht auch ein Wort mitreden darf. Der Verwaltungsrat beweist damit nur von neuem, daß er die Tragweite einer Gebührenerhöhung immer noch nicht begriffen hat.

### Die deutsche Delegation aus Genf abgereist.

Genf. Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat mit dem Staatssekretär von Schubert, Reichspressechef Zechlin, Ministerialdirektor Dr. Gaus sowie den übrigen Mitgliedern der deutschen Delegation in einem von der Schweizer Regierung zur Verfügung gestellten Extrazug Genf verlassen. Die Delegation traf am Montag vormittag in Berlin ein.

### Chamberlain über die Genfer Ergebnisse.

„Der Locarno-Geist erheblich gestärkt.“  
London. Der englische Außenminister Chamberlain gab in einer Unterredung auf die Frage, wie die Genfer Besprechungen auf den Geist von Locarno gewirkt hätten, u. a. folgende Antwort:  
„Kein zum Urteil Berechtigter wird meine Ansicht bestreiten, daß seit Locarno die Freimütigkeit im diplomatischen

Verkehr ungeheuer zugenommen hat, und keiner von uns zögert, sich dem anderen voll mitzuteilen. Für mich, der ich die Ereignisse der letzten Jahre aus nächster Nähe beobachtet habe, ist es nicht so merkwürdig, daß noch nicht alle Schwierigkeiten behoben sind, sondern daß die Atmosphäre, in der wir arbeiten, sich doch völlig geändert hat, und daß wir ein Verhältnis wiederhergestellt haben, von dem vertrauensvoll gesagt werden kann, daß

### der Fortschritt stetig

ist, und daß wir angesichts des guten Willens der Regierungen, wenn keine Vorheit begangen wird, langsam, aber sicher unser Ziel erreichen werden.“

Chamberlain erklärte, der Locarno-Geist sei in Genf erheblich gestärkt worden. Neue Verpflichtungen seien von niemand eingegangen worden, und man dürfe überzeugt sein, auf dem Wege zur Lösung der Schwierigkeiten fortgeschritten zu sein.

## Reichsarbeitertagung der Deutschen Volkspartei

Berlin, 19. Juli. Die Deutsche Volkspartei hielt heute eine aus dem ganzen Reich gut besuchte Reichsarbeitertagung ab. Der Vorsitzende des Reichsarbeiterausschusses der D. V. P. Reichstagsabgeordneter Winnefeld wandte sich gegen die Behauptungen des „Vorwärts“, die Arbeitnehmer hätten in der D. V. P. nichts zu sagen. Das Gegenteil sei der Fall, da die D. V. P. fern von allen Phrasen, eine ehrliche Volksgemeinschaft anstrebe. Reichsminister a. D. von Raumer bezeichnete die D. V. P. als die Partei des wirtschaftlichen Gewissens. Der Arbeitnehmer dürfe niemals vergessen, daß die Unternehmerschaft in den letzten Jahren viel für die Schaffung von Arbeit getan habe. Man denke an die Verflüssigung der Kohle. Auch der Arbeiter, der die geringste Arbeit leiste, müsse zur Belebung seiner Arbeitsfreudigkeit daran denken, daß er für die Allgemeinheit schaffe. Gewerkschaftsführer Streiter hob hervor, daß die D. V. P. der sozialpolitischen Entwicklung stets größtes Interesse entgegen gebracht habe. Sie habe sich nicht wie die sozialdemokratische Partei nur mit agitatorischen Reden begnügt. Nach einem Schlusswort des Staatssekretärs z. B. Kempkes, als Vertreters der Reichsparteileitung, wurde die Tagung mit einer Entschließung geschlossen, in der die volksparteilichen Arbeitnehmer den parlamentarischen Fraktionen ihre Anerkennung für die auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet geleistete Arbeit volle Anerkennung sagten.

## Dr. Luther auf dem schleswig-holsteinischen Bauerntag

Kendsburg, 19. Juli. Auf dem Dritten schleswig-holsteinischen Bauerntag in Kendsburg hielt Reichskanzler a. D. Dr. Luther eine Rede, in der er auf die Aufgaben der Landwirtschaft in der gegenwärtigen Lage Deutschlands einging. Als Leitgedanke seiner Rede wählte Dr. Luther das Doppelwort: „Glaube und Arbeit“. Glauben müsse das deutsche Volk an sich selbst. Jetzt in der Zeit schwerster Not sei dieser Glaube notwendig und möglich, trotz aller Gegenläufe. Es sei begründet durch die Leistungen des deutschen Volkes vor dem Kriege, während des Krieges und in der Wiederaufbauarbeit nach dem Kriege. Aber das deutsche Volk müsse auch arbeiten mit ganzer Hingabe. Unsere passive Handelsbilanz nötige uns, der Ausfuhr alle Aufmerksamkeit zu widmen, denn letzten Endes könnte, da sich auf der ganzen Erde trotz der wichtigen internationalen Zusammenschlüsse, immer mehr die nationale Wirtschaft verfestigt, das deutsche Volk sein Leben mit Sicherheit nur auf den eigenen Markt begründen. Diese Entwicklung gehe besonders den Landwirt an, der das technisch mögliche Ziel, dem deutschen Volke aus dem eigenen Boden eine Notermährung zu sichern, verwirklichen müsse. Hierzu sei die Geschlossenheit der gesamten Landwirtschaft nötig.